

Zukunft neu denken

Horst W. Opaschowski

1 Am Anfang steht ein Traum

Traum. Ahnung. Vorstellung. Idee: Wünsche und Visionen von einer besseren Zukunft gibt es in der gesamten Menschheitsgeschichte. Dahinter verbirgt sich die uralte Sehnsucht nach dem guten Leben, aber auch der Wunsch, dem kommenden Leben einen tieferen Sinn zu geben und nicht nur blindlings in den Tag hineinzuleben. Wer in die Zukunft sehen oder gar „die Zukunft voraussagen will, muss möglichst viel vom Gegenwärtigen und Vergangenen wissen“ (Gehmacher 1968, S. 63). Erst danach lassen sich Berechnungen anstellen und kreative Zukunftsideen und Visionen entwickeln. Die Träume von gestern und die Visionen von morgen liegen nicht weit auseinander – ganz im Goethe’schen Sinne, wonach der Mensch nur deshalb träume, damit er nicht aufhöre zu sehen: Zukunfts-Träume sind eine Art Fern-Sehen.

Vor über vier Jahrzehnten wagte Olaf Helmer erstmals eine Langfrist-Vorhersage für die nächsten fünfzig Jahre. In seinem „Social Technology Report on a *Long-Range Forecasting Study*“ (Helmer 1966/67) stützte er sich auf die so genannte Delphi-Technik, in der 82 Experten aus aller Welt zur Einschätzung von 50 Jahren Zukunft befragt wurden. Die Expertengruppe setzte sich aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, Ingenieuren und Mathematikern, Physikern und Schriftstellern zusammen. In jeweils vier Befragungswellen wurden die Ergebnisse aufeinander abgestimmt.

Das Problem: Technologiemöglichkeiten wurden als Zukunftswirklichkeiten beschrieben bzw. einfach in die Zukunft projiziert und hochgerechnet. Ganz selbstverständlich gingen die Experten von dem „Immer-schneller“-Prinzip aus. Fast alles, was seinerzeit vorstellbar war, schien offensichtlich auch machbar zu sein. Und so sollte das nächste halbe Jahrhundert werden:

1970: Rettung verunglückter Astronauten,
1975: provisorische Mondbasis,
1980: Wetterlenkung auf der Erde,
1985: Rohstoffgewinnung auf dem Mond,
1990: Forschungsstationen auf erdnahen Planeten,
1995: weltweiter Flugverkehr auf ballistischen Bahnen,
2000: Autobahnen für automatisches Fahren,

2005: ständige Marsbasis,
 2010: Symbiose Mensch–Maschine,
 2015: Medikamente zur Intelligenzsteigerung,
 2020: Umfliegen des Pluto,
 2025: intergalaktische Nachrichtenverbindung,
 2025: lang anhaltendes Koma, das Reisen in die Zeit erlaubt.

Das war *Futurismus pur* zwischen Fantasterei und Science Fiction. Wer so einseitig technologisch-technokratisch denkt, muss einfach an der sozialen Wirklichkeit scheitern, an dem, was der Mensch braucht oder was er wirklich will. Statt Haushaltsroboter und chemische Leckerbissen aus der Retorte anzukündigen, sollte eher *Zukunftsforschung als Zukunftsvorsorge* verstanden werden, wozu beispielsweise die Immunisierung gegen bestimmte Krankheiten oder die Lebensstandardsicherung und Vermeidung von Armut gehören.

Nicht ganz so weit aus dem Fenster lehnte sich Ernst Gehmacher 1968 in seinem Zukunftsreport „*So leben wir in 30 Jahren*“. Auf den ersten Blick finden wir hier die gleichen technogiegläubigen Zukunftsentwürfe: Von superleichten Kunststoffhäusern über elektrische Stadtautos und Luftkissenbahnen bis zu Haushaltsrobotern und regelmäßigem Verkehr zum Mond und zu unseren Nachbarplaneten. Andererseits finden sich bei Gehmacher auch Prognosen, die das *gesellschaftliche Leben nachhaltig verändern*:

- Ein langes Leben für jeden,
- die Kinderzahl wird sinken,
- das tägliche Leben wird ein Stadtleben sein,
- Konferenzen werden über Fernsehtelefone abgewickelt,
- statt in Büchern zu stöbern, verrichten Datenverarbeitungsanlagen die „Sucharbeit“,
- fremdsprachige Texte werden vom Computer übersetzt,
- Maschinen nehmen den Menschen die Arbeit weg.

Hier wird die technologische Vorausschau zum Blick in die Zukunft mit sozialen Folgen. Dabei stellt sich die „Was wäre, wenn?“-Frage: Was wäre gewesen oder geworden, wenn Politik und Wirtschaft aufgrund dieser Vorausschau die gesellschaftlichen Weichen rechtzeitig *vor vierzig Jahren* anders gestellt hätten? Hätte es eine neue Familienpolitik schon in den siebziger Jahren gegeben, als Folge des absehbaren demografischen Wandels, oder eine „Agenda 1984“ (statt „Agenda 2010“) mit grundlegenden Reformansätzen der Sozialpolitik? Im Nachhinein sind dies natürlich illusorische Fragen. Will die Politik überhaupt ernsthaft so weit vorausdenken?

2 Zukunftsforschung gegen Zukunftsangst

Seit Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die Zukunft geradezu als offene Forschungslandschaft gesehen. Die empirischen Sozialwissenschaften betrieben systematische Zukunftsforschung. Es wurde der Weg bereitet für einen ganz

neuen Wissenschaftstypus, der die systematische Erforschung künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen zum Gegenstand hatte: „Von der Statistik über die Nationalökonomie bis hin zur Soziologie richteten sich alle Anstrengungen der neuen Gesellschaftswissenschaften darauf, diese neue Zukunft zu erkunden“ (Hölscher 1999, S. 103). So forderte beispielsweise der deutsche Nationalökonom Friedrich List (1789 bis 1846) im Jahre 1846 eine „*Politik der Zukunft*“ (List 1931, S. 842 ff.). Utopien, Science Fiction und Zukunftsromane waren jetzt gefragt, aber auch Weltuntergangsgemälde, die das Ende der gottlosen Zeiten verkündeten.

Eine eigene Wissenschaft von der Zukunft gibt es eigentlich erst seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als z.B. Ossip K. Flechtheim 1968 den Begriff „*Futurologie*“ prägte und auch Wirtschaft und Industrie die Bedeutung von Zukunftskonzepten entdeckten. Was folgt daraus für eine systematische Zukunftsforschung von heute? Zukunftsforschung muss Vorausschauen als Vorsorgen begreifen. Vorausschauen heißt, Ereignisse planen und gestalten, bevor sie eintreten. Vorausschauen regt zum Handeln an. Eine solche Handlungsforschung und ihre Folgen können dabei wichtiger als die Treffsicherheit mancher Prognosen sein. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden zum Agieren und Reagieren herausgefordert.

Beim Club of Rome-Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ im Jahre 1972 (Meadows 1972) war es doch nicht wichtig, ob alle Prognosen und Szenarien im Jahr 2000 und darüber hinaus auch Wirklichkeit würden. Es sollten vielmehr Gefährdungen und Möglichkeiten, ihnen zu begegnen, aufgezeigt werden. Das ist z. B. mit der Ausbreitung eines weltweiten Umweltbewusstseins auch gelungen.

Vorausschauen bedeutet bewusst machen, zu Fragen anregen, zu Antworten herausfordern, zum Handeln, zum Entwickeln von Lösungsansätzen und Strategien sowie zum Ergreifen von Maßnahmen ermutigen. Aus der Sicht der Politik soll Zukunftsforschung auch die öffentliche und veröffentlichte Meinung beeinflussen, um politische Entscheidungen zu erleichtern oder Reformen durchzusetzen. So ist beispielsweise die amerikanische Zukunftsforschung in den zwanziger bis vierziger Jahren unter den Präsidenten Hoover und Roosevelt entstanden, die 1948 in der Gründung der *Rand* („*Research and Development*“) *Corporation* ihre Institutionalisierung fand und eine Vielzahl möglicher Zukunftsszenarien entwickelte (z. B. 1965: „Agenda für das Jahr 2000“).

Während die militärisch-strategische Zukunftsforschung die 1960er Jahre weitgehend dominierte (z. B. Herman Kahn, Olaf Helmer, Anthony J. Wiener), regten sich ab den 1970er Jahren alternative Denkansätze. Dennis Meadows machte in dem bereits genannten Bericht an den Club of Rome auf die Grenzen des bis dahin umstandslos akzeptierten Wachstumsparadigmas aufmerksam (Meadows 1972). Alvin Toffler sprach vom „Zukunftsschock“ (Toffler 1970), und etwas später wiesen unter anderen Robert Jungk und Ossip K. Flechtheim auf die Notwendigkeit einer politisch engagierten und dem Wohlergehen der Menschen verpflichteten Zukunftsforschung hin. Für diese Perspektive auf die Zukunft besteht bis heute Bedarf, wie das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung in Berlin beweist.

Doch schon zu Zeiten Flechtheims und Jungks wurde bedauernd festgestellt: „Noch bestehen keine Lehrstühle für Zukunftsforschung an den Universitäten; noch

kann man keinen entsprechenden akademischen Titel erwerben“ (Gehmacher 1968, S. 7). Daran hat sich bis heute nichts geändert. Vielleicht bedarf es wie bei der Entwicklung eines Umweltbewusstseins (z. B. Energiekrise 1972, Tschernobyl 1986) kritischer Vorfälle und Ereignisse, damit sich auf breiter gesellschaftlicher Ebene ein *Zukunftsbewusstsein* entwickelt, das wie eine Art „Sputnik-Schock“ wirkt und den Anstoß zur Etablierung und Institutionalisierung der Zukunftsforschung gibt.

In Frankreich gibt es auf universitärer Ebene einen eigenen Lehrstuhl für Zukunftsforschung (CNAM/Conservatoire National des Arts et Metiers). Hier kann man Zukunftsforschung studieren und eine *Ausbildung als Zukunftsforscher* mit Diplomabschluss absolvieren. In den USA kann man an der Universität in Houston ein *Diplom in Zukunftsstudien* erwerben und an der Fernuniversität Greenleaf ein *Doktorat im Fach „Studien zum 21. Jahrhundert“*. Zukunftsforschung ist eine Forschung mit Zukunft. Die wissenschaftliche Analyse der Zukunft ist hingegen in Deutschland noch weitgehend ein weißer Fleck in der universitären Forschungslandschaft. Auch heute gilt sinngemäß noch der Satz: „Es gibt mittlerweile über 1.000 Institutionen, die sich wissenschaftlich mit der Vergangenheit und Gegenwart beschäftigen, aber nicht ein einziges öffentlich gefördertes Institut für Zukunftsforschung“ (Kreibich 1991, S. 91).

Bereits in den siebziger Jahren wurde die Frage „Hat die Zukunftsforschung eine Zukunft?“ positiv beantwortet, allerdings verbunden mit der Forderung, eine *eigenständige Grundlagenforschung* zu schaffen und sich dabei auch kritisch mit den Schwierigkeiten einer Zielbewertung auseinanderzusetzen (vgl. Böhret 1972, S. 4). Die wissenschaftliche Zukunftsforschung weist über Mainstreams und Zeitgeisteströmungen hinaus auf gesellschaftliche Entwicklungen („*Zukunftstrends*“, „*Basistrends*“) hin, die *mindestens zehn Jahre lang richtungsweisend sind*. Zukunftsforschung agiert so als ein *Frühinformations- und Frühwarnsystem*, das über Chancen und Risiken sich abzeichnender Veränderungen einerseits und in Entwicklung befindlicher Technologien andererseits frühzeitig aufklärt. In diesem Kontext ist insbesondere die Zukunftsforschung in oder für Unternehmen zu sehen, wie sie z. B. bei der Volkswagen AG, der Daimler AG, beim Verein Deutscher Ingenieure (VDI) oder auch der Z_punkt GmbH zu finden ist.

Neben diesen Think-Tanks im Kontext von Industrie, Handel und Gewerbe wird die Zukunft wohl der international vernetzten Zukunftsforschung (z. B. BAT Stiftung für Zukunftsfragen, Hamburg) und den in Netzwerken agierenden und institutionell abgesicherten Forschungszentren an Hochschulen und Universitäten, wie etwa dem Zentrum für Zukunftsstudien, Salzburg, gehören.

3 Mehr Zukunft wagen

Politiker bezeichnen sich selbst gern als Pragmatiker, die das Erreich- und Machbare höher einschätzen als das Wünsch- und Vorstellbare. Mit jeder Vision ist auch eine Kritik am Bestehenden verbunden, für die Politiker Verantwortung tragen. Die Vorstellung, sie könnten dafür haftbar sein oder gar real in Haft genommen werden, verunsichert. Es ist kein Zufall, dass man seit altersher die Überbringer von

schlechten Nachrichten einfach erschlug, also unschädlich machte. Heute bestraft man Prognostiker eher mit Nichtachtung oder Ruhigstellung, so als hätte es ihre Kund- oder Botschaften nie gegeben.

Der griechische Philosoph Thales von Milet (625–545 v. Chr.), der Begründer der Philosophie und einer der sieben Weisen des Altertums, kann als der geistige *Vater der Zukunftsforschung* bezeichnet werden. Er sagte seinerzeit die Sonnenfinsternis im Jahre 585 v. Chr. voraus. Als die Geographen des Mittelalters die ersten „Weltkarten“ zeichnen, waren sie aus heutiger Sicht ungenau und nicht selten falsch. Und doch hätten die Entdeckungsreisenden der Neuzeit ohne diese Karten niemals die Neue Welt gefunden. Die Kartographen früherer Zeiten haben Zukunftswelten zu Papier gebracht, „die sie vorher niemals sahen“ (Toffler 1970, S. 14). Ihre kühnen Vorstellungen halfen, die Zukunft zu erkunden.

Eine politisch verantwortliche Zukunftsforschung arbeitet durchaus vergleichbar: Sie versucht, *aus einer Fülle von Fakten und Aspekten ein zusammenhängendes Bild der Zukunft zu zeichnen*. Mal stehen gesicherte empirische Daten zur Verfügung und mal liegen nur Annäherungswerte vor, die mit Erfahrung, Wissen, Intuition und Verantwortungsbewusstsein zu einem Mosaik der Zukunft zusammengefügt werden. Man darf nicht nur die Richtung zukünftiger Veränderungen, sondern man muss auch ihre Geschwindigkeit im Blick haben. Über den Endpunkt einer Entwicklung kann man sich schließlich relativ problemlos verständigen – z. B. über das Internet als Massenmedium der Zukunft. Nur: Wird diese Vision in zwei Jahren oder erst in zwei Generationen Wirklichkeit?

Es muss also deutlich unterschieden werden zwischen dem Tempo einer technologischen Entwicklung und der Langsamkeit, mit der der Mensch darauf reagiert (vgl. Toffler 1970, S. 12). Damit verbunden ist auch eine ganz *andere Zeitwahrnehmung*. Teilt man beispielsweise die letzten 50.000 Jahre der Menschheitsgeschichte in Lebensspannen mit einem Durchschnittswert von etwa 62 Jahren auf, dann kommt man auf rund 800 Lebensspannen: Davon haben die Menschen 650 in Höhlen verbracht. Mitteilungen dank der Erfindung der Schrift gibt es aber erst in den letzten 70 Lebensspannen, gedruckte Bücher gar erst in den letzten acht.

Und weil die heutige Welt per Telefon, TV und Internet immer mehr zusammenrückt, kommt es fast zum *Zeitsprung*: Bestimmte Ereignisse „überspringen“ Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte, weil sie sofort und überall in der Welt wahrgenommen werden können. Aus futurologischer Sicht heißt das: „*Die Geschichte holt uns ein*“ (Toffler 1970, S. 22). Raum und Zeit spielen fast keine Rolle mehr.

Zukunft ist bisher in Deutschland noch weitgehend negativ besetzt. Der Aspekt Zukunft hat auf die Bevölkerung keine positiv anregende, eher eine entmutigende oder gar abschreckende Wirkung. Zukunft bedeutet für die Bürger vor allem technische Anpassung an die Zwänge der Globalisierung, aber auch Reformbedarf, Sparvorgaben, Strukturwandel oder Ausbau von Standortfaktoren. Ganz persönliche „Wertüberzeugungen, Zugehörigkeitsgefühle und Lebensqualitätsvorstellungen“ (Rüsen u. a. 2000, S. 12) werden damit kaum assoziiert. Gesellschaftspolitische Zukunftsentwürfe als Sinnbildungsleistungen sind bisher in der öffentlichen Diskussion Mangelware, weil sie vordergründig nicht ökonomisch und technisch verwertbar erscheinen oder nicht zwangsläufig dem Gebot der Nützlichkeit unterliegen.

In Wirklichkeit stellen sich verstärkt Sinnfragen als Fragen an die Zukunft. Zukunft heißt also, heute danach fragen, wie wir morgen leben „wollen“.

Die Politik hat eine *Pflicht zur Zukunft*, d. h., sie muss sich auch als *Anwalt der Zukunft* verstehen und fragen:

- Was bedeutet es beispielsweise, wenn der Anteil des Arbeitslebens an der gesamten Lebenszeit, der 1910 zwei Drittel betrug, hundert Jahre später nicht einmal mehr das halbe Leben ausmacht (ca. 40 Prozent) und die Arbeit damit einen wesentlichen Teil ihrer normativen Prägekraft für das Leben verliert?
- Und welche sozialen Folgen hat die Tatsache, dass sich zwischen 1910 und 2010 der Anteil der über 60-Jährigen in der Bevölkerung mehr als verdreifacht (von acht auf 26 Prozent)?

Solche Problem- und Fragestellungen stehen ganz in der Tradition von Max Weber (1864–1920), der frühzeitig in seiner Doppelrolle als Soziologe *und* Politiker den Sinn wissenschaftlichen Forschens infrage gestellt hat, wenn die Wissenschaft keine Antworten auf die zwei zentralen Fragen geben könne: „*Was sollen wir tun? Wie sollen wir leben?*“ (Weber 1992, S. 93).

Sicher: Auch Forschung und Wissenschaft können irren, ja der wissenschaftliche Fortschritt lebt mitunter auch von der Entdeckung des Irrtums. Die Alternative kann jedenfalls nicht der Verzicht auf Forschung und Wissenschaft, Analysen und Prognosen sein. Denn das einzige Mittel, den Irrtum zu vermeiden, ist nach J.-J. Rousseau (Emile/3. Buch) die Unwissenheit. Unwissenheit macht blind, während mit dem Wissen eher der Zweifel wächst. Doch ist es besser, sich auf dem Weg in die Zukunft durch Zweifel beunruhigen zu lassen, als bis dahin in Unwissenheit zu verweilen.

Die Bürger wünschen sich eine zukunftsfähige Politik, die ihren Namen auch verdient und nicht nur an den Machterhalt denkt. Und die Politiker träumen von einer weitsichtigen Bevölkerung, die Mut zu Zukunftslösungen beweist, auch wenn persönliche Opfer gefordert werden. Doch beide vertrauen einander nicht mehr. Die Politiker fühlen sich abgestraft und die Bürger getäuscht. Die Politiker befürchten Stimmenverluste, die Bürger Wohlstandsverluste. So zeigt sich die Politik wenig zukunftswillig und die Mehrheit der Bevölkerung nicht zukunftsfähig.

Die überwiegende Mehrheit der Deutschen (73 Prozent) ist derzeit nicht bereit, vorübergehend Einschränkungen im persönlichen Lebensstandard hinzunehmen, damit (z. B. durch Schuldenabbau) die Zukunft der kommenden Generationen gesichert werden kann. Zukunft muss man sich offensichtlich auch leisten können. Wer Angst vor Wohlstandsverlusten hat, lebt mehr im Hier und Jetzt und zeigt weniger Aufgeschlossenheit für Zukunftsfragen. Die Repräsentativbefragung (BAT Stiftung für Zukunftsfragen 2007) belegt, dass insbesondere die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern (53 Prozent), Sachsen-Anhalt (56 Prozent) und Thüringen (60 Prozent) erst einmal Wert darauf legt, „dass es uns heute gut geht“, und sich deshalb auf langfristige Zukunftsversprechungen nicht verlassen will. Die Hamburger (31 Prozent), die Bayern (31 Prozent) und Baden-Württemberger (36 Prozent) zeigen da deutlich weniger Vorbehalte gegenüber Zukunftskonzepten und sind eher dazu bereit, auch persönliche Opfer in Kauf zu nehmen, wenn dadurch die Lebensqualität der zukünftigen Generationen gesichert werden kann.

Generell erwarten die Bürger in Deutschland, dass die Politiker konkrete Antworten auf die Frage geben, was wirklich auf sie zukommt. Sie wünschen sich eine Politik, die wohl Mut zur Weitsicht beweist, aber auch dem Gemeinwohl heute verpflichtet bleibt – durch Ehrlichkeit, Einigkeit und Verantwortung auch und gerade im Vorjahr der nächsten Bundestagswahl. Nur so lässt sich die drohende *doppelte Vertrauenskrise*, in der sich Bürger und Politiker gegenseitig misstrauen, abwenden.

Die Politik muss mehr für Zukunftsfragen sensibilisiert werden, um die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sie die Richtung der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung kennt und entsprechend Einfluss darauf nimmt. Was in den USA als „future research“, in England als „forecasting“ und in Frankreich als „prospectif“ betrieben wird, hat z. B. im Nachbarland Schweiz den Namen „FER“: *Forschungspolitische Früherkennung*. FER berät die schweizerische Regierung unmittelbar und stellt ein wichtiges *Instrument für eine vorausschauende Politik* dar. Eine solche Politik basiert auf der Überzeugung, dass wissenschaftliche Voraussagen für die politische Gestaltung der Zukunft unverzichtbar sind. So können Chancen und Risiken von Zukunftsentwicklungen frühzeitig ermittelt werden, um sie durch bewusstes politisches Handeln ausschöpfen bzw. verringern zu können.

Vielleicht war die Sensibilisierung der Politik in Deutschland für Zukunftskonzepte deshalb so gering, weil sie sich bisher mehr auf Stimmungen und Zeitströmungen stützte. Vieles glich einem beliebigen Gemischtwarenladen. Ansonsten galt die Einschätzung: „Lieber mit den Leuten reden als Datenbanken“, „Augen und Ohren auf“ und „Die Nase in den Wind halten“ (vgl. Kreibich 1991, S. 180). Die Folgen haben wir heute zu tragen: In der Politik herrscht Orientierungsnotstand, weil kaum jemand eine Richtung für die Zukunft vorgibt, so dass die Bürger wissen und erfahren könnten, *was nun kommt, wo es hingeht oder langgehen sollte* (vgl. Moths 1994, S. 456). Gemacht wird eher, was gerade machbar ist bzw. ankommt.

Der Autor hat sich seit einem Vierteljahrhundert – neben der Erstellung umfangreicher Situationsanalysen – immer auch mit Zukunftsdimensionen beschäftigt und an die Politik appelliert, mit der Lösung von Zukunftsproblemen sofort zu beginnen (vgl. Opaschowski 1980, S. 20 ff.). Mit wissenschaftlichen Methoden und *auf der Basis empirisch abgesicherter Analysen* wurden Zukunftsperspektiven aufgezeigt, die einen politischen Handlungsbedarf erkennen ließen. Die *Bringschuld*, die die Öffentlichkeit zu Recht von Forschung und Wissenschaft fordert, kann vom Autor kaum eingeklagt werden. Denn er hat sich stets als *Anwalt einer öffentlichen Wissenschaft* verstanden und Forschungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit miteinander verbunden, die Wissenschaft in einer breiten Öffentlichkeit engagiert vertreten und jene an ihre Annahmepflicht erinnert. Wenn sich Politik wirklich als *Daseinsvorsorge für die Bürger* versteht und Zukunft gestalten (und nicht nur bewältigen) will, dann gibt es in der Tat politisch viel zu tun:

- *Die Politik muss mehr Zukunftsorientierungen leisten* (z. B. durch Konzepte und Programme, offizielle Verlautbarungen und Veröffentlichungen, symbolträchtige Handlungen und öffentliche Reden) sowie verantwortlich an der Sinnfindung mitwirken – auch und gerade im Kontakt mit sinnstiftenden Organisationen wie

Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden sowie Meinungsführern in Kultur, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft.

- *Die Politik muss Zukunft gestalten*, also den Status quo nicht nur verwalten, bewältigen oder reparieren, sondern vorausschauend auch Perspektiven und Strategien für die Zukunft entwickeln und offen für Visionen sein.

Politiker müssen gegenüber Zukunftsfragen sensibler werden und gegenüber der Zukunftsforschung mehr Dialogbereitschaft signalisieren. Und Parteien sollten aufhören, nur in Kategorien vierjähriger Wahlperioden zu denken. *Sonst steht die Zukunftsfähigkeit der Demokratie auf dem Spiel*. Und auch die Verantwortlichen in der Wirtschaft müssen sich vom bloßen Quartalsdenken verabschieden. Statt kurzfristigen Reagierens sind langfristiges Denken, weitsichtige Planung und couragierte Entscheidungen erforderlich. Die Gesellschaft braucht Visionen, die Politik auch. Ohne Visionen kann es keine langfristigen Konzepte geben, die das Vertrauen der Bürger in die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft rechtfertigen. Visionen sind keine Illusionen: Illusionen kann man zerstören, Visionen nie.

Literaturverzeichnis

- BAT Stiftung für Zukunftsfragen (Hrsg) (2004) Repräsentativumfrage „Zukunft und Politik“. Hamburg
- Böhret C (1972) Hat die Zukunftsforschung eine Zukunft? In: *analysen und prognosen*, 22:3–4
- Flechtheim O K (1968) *Futurologie: Möglichkeiten und Grenzen*. Frankfurt/M
- Gehmacher E (1968) *Report 1998. So leben wir in 30 Jahren*. Stuttgart
- Helmer O (1967) *50 Jahre Zukunft. Bericht über eine Langfrist-Vorhersage*. Wien. Zuerst (1966) *Social Technology. Report on a Long-Range Forecasting Study*
- Hölscher L (1999) *Die Entdeckung der Zukunft*. Frankfurt/M
- Kreibich R et al (1991) *Zukunftsforschung und Politik*. Weinheim/Basel
- List F (1931) *Schriften, Reden, Briefe*. Bd 7. Berlin
- Meadows D, Meadows D, et al (1972) *The Limits to Growth*. New York
- Opaschowski H W (1980) *Probleme im Umgang mit der Freizeit*, BAT Schriftenreihe zur Freizeitforschung. Hamburg
- Opaschowski H W (2006) *Deutschland 2020. Wie wir morgen leben – Prognosen der Wissenschaft*. 2. Aufl. Wiesbaden
- Moths E (1994) *Politik ohne Programme*. In: *Merkur* 48/5:456–460
- Rüsen J et al (1999) (Hrsg) *Zukunftsentwürfe. Ideen für eine Kultur der Veränderung*. Frankfurt/M
- Toffler A (1970) *Der Zukunftsschock*. Bern/München/Wien
- Weber M (1992) *Wissenschaft als Beruf*. In: Bauer H et al (Hrsg) *Gesamtausgabe Max Weber*. Tübingen, 17:71–113

Zukunftsforschung und Zukunftsgestaltung

Beiträge aus Wissenschaft und Praxis

Popp, R.; Schüll, E. (Hrsg.)

2009, XIV, 709 S. 48 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-540-78563-7